



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze 7, 8 / 2011

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Stadtumbau oder was davon übrig bleibt



»Der Stadtumbauprozess betrifft regelmäßig die Gesamtstadt und damit alle Akteure in der Stadt. Eine offene Auseinandersetzung mit dem Thema des demografischen Umbruchs und

des gesellschaftlichen Wandels ist notwendig. Diese Auseinandersetzung stellt den Beginn des Stadtumbauprozesses (Chance Management) und des teilweise schmerzlichen Entwicklungsprozesses dar. Nur eine transparente und kompetente Informationspolitik wird zur Aktivierung der Akteure für eine Zusammenarbeit beitragen.«

Diese Sätze findet man in der Doktorarbeit zum Thema »Stadtumbau« des Forster Bürgermeisters. (S. 121/122)

In weiteren Passagen formuliert Herr Dr. Goldschmidt dann »Aktivierungs- und Befähigungsstrategien«.

Dazu gehören u. a.

- das Aufzeigen von Finanzierungsmöglichkeiten
- aktivierende Befragungen
- gemeinsame Lösungssuche für Probleme oder Fragestellungen
- der Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen und Konfliktlösung
- Befördern von Ideen und Kreativität
- Vorleistungen der Gemeinde

Wenn Sie all dies nach den bisherigen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in Forst erlebt haben, dann ist unsere Stadt auf dem richtigen Weg.

Ich persönlich und unsere Fraktion sehen aber genau hier die entscheidenden Mängel. Die Umgestaltung der Stadt unter schwierigen demografischen Bedingungen erfordert Überzeugungsarbeit und die Bereitschaft zu Veränderungen bei allen Mitwirkenden. Die Bedeutung von Bürgerbeteiligung wurde bisher immer betont, aber kaum gemacht. Veranstaltungen, auf denen Widerspruch nicht geduldet wird und abweichende Ideen als undurchführbar abqualifiziert werden, schaffen kein Vertrauen und verhindern Mitarbeit.

Unsere Fraktion hat deshalb versucht, ihre Vorstellungen in einer eigenen Veranstaltung an die Öffentlichkeit zu bringen. Neben unseren Mitgliedern waren 28 Gäste unserer Einladung gefolgt. Ziel war es, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen und ihre Vorstellungen und Ideen zu erfahren. Die Anwesenden lobten dann auch genau diese Diskussionsmöglichkeit, die sie bei der Stadt vermisst hatten. Auch wir wissen, dass der Abriss von Wohnungen unvermeidlich ist. Andererseits ist Forst aber eine der wenigen Städte, deren innerstädtische Substanz zu 80 % aus Plattenbauten besteht. Deshalb brauchen wir ei-

nen Umbau des Stadtzentrums und keinen massiven Abriss. Für uns ist die Erhaltung einer geschlossenen Bebauung in der Berliner Straße wichtig. Wir wollen den Umbau der Blöcke neben der Post zu altersgerechten Wohnungen. Am Markt schlagen wir einen Neubau für Bibliothek und Archiv vor. Der Wohnblock an der östlichen Marktseite soll mit drei Etagen erhalten bleiben. Ein flächendeckender Abriss vom Markt bis zum Mühlgraben ist zu verhindern.

Die notwendigen finanziellen Mittel dafür müssen bereitgestellt werden. »Geht nicht – gibt's nicht« ist sicher erst mal ein griffiger Slogan, aber nur so hat die Stadt eine Zukunftschance. Dies verlangt eine intensive Arbeit, besonders mit der Landesregierung. Wir wären bereit, uns in eine solche Aufgabe einzubringen. Wir bezweifeln allerdings, dass dies durch die Stadtverwaltung und die anderen Parteien der SVV gewünscht ist. Machterhalt ist bei vielen wichtiger als Stadterhalt.

Für DIE LINKE ist Stadtumbau nicht gleich Stadtabriss. Leider sind wir mit diesem Ansatz in der Stadtverordnetenversammlung fast allein. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause am Freitag, den 1. Juli, wurde unser Antrag, bis zum Beschluss des städtischen Entwicklungskonzepts keine weiteren Abrisse vorzunehmen, durch die Mehrheit von CDU, SPD und FDP abgelehnt. Damit wird im Herbst mit dem Abriss in der Berliner Straße begonnen. Rechtlich haben wir damit unsere Möglichkeiten ausgeschöpft. Vielleicht können Bürgerinitiativen wie bei »Stuttgart 21« daran noch etwas ändern.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
in der SVV Forst

Neues Ortsvorstandsmitglied gewählt!

Auf der am 27.06.2011 stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde **Robert Otto** als neues Mitglied des Ortsvorstandes der LINKEN gewählt.

Erforderlich wurde diese Wahl durch das Ausscheiden des Genossen Horst Beier. Auf diesem Wege möchten wir uns für die langjährige aktive Arbeit von Horst Beier als Ortsvorstandsmitglied bedanken.

Robert Otto wünschen wir viel Kraft und Durchhaltevermögen für die kommenden Aufgaben.



Anke Schwarzenberg, Ortsvorsitzende

Spruch des Monats

»Nur an sich und an das
Gegenwärtige denken, ist die Quelle
der Fehlgriffe in der Staatskunst.«

Jean de la Bruyère

Schorschels Stadtgeflüster

»Hurra, vom Westen zu lernen, heißt nichts zu lernen« und damit ein urlaubsfreudiges Hallöchen all unseren begeisterten und nicht begeisterten Lesern – Ich weiß, ihr kennt den Spruch anders, aber die Enquetekommission des Landtages verbietet solche Erinnerungen. Warum nun dieses Hurra-geschrei? In Hamburg will man jetzt den Schulen erlauben, die Schreibrschrift abzuschaffen und je nach Lust und Laune nur noch in Druckbuchstaben zu schreiben. Im Ruhrgebiet habe man es schon ausprobiert, und es mache Spaß, mit und ohne Migrationshintergrund! Ich finde es ebenfalls super, nur so kann man verhindern, dass Doktorarbeiten abgeschrieben werden, denn in Druckbuchstaben wird das dann ziemlich anstrengend, und eigentlich könnten wir das Lesen- und das Rechnenlernen gleich mit abschaffen, da würden we-

nigstens die schulischen Leistungen unseres Nachwuchses besser werden und wir brauchen nicht auf ausländische Fachkräfte zu hoffen. Für das Reden gilt das nicht und deshalb hier vier Ratschläge für einen guten Redner:

1. Begrüße Deine Gäste immer mit den Worten, wenn Ihr nicht artig seid und zuhört, brechen wir die Veranstaltung ab!
2. Du bestimmst, was gesagt werden darf und worüber diskutiert wird!
3. Zeige mit dümmlicher Überheblichkeit, dass die anderen Teilnehmer es nicht wert sind, dass Du zu ihnen sprichst!
4. Weise jede Kritik von Dir, schuld sind immer die Kritisierenden!

Ich hoffe allen zukünftigen Rednern damit geholfen zu haben, nehmt Euch ein Beispiel am Verwaltungsvorstand, Frau Heike B., sie hat sich bei der Info-Veranstaltung am 22.06.11 konsequent an diese Ratschläge gehalten und war damit sehr, sehr erfolgreich. Tschüss und schöne Urlaubstage

Euer *Schorschel*

Droht neues finanzielles Unheil für die Kommunen?



Anfang des Jahres wurde der Hartz-IV-Kompromiss zwischen den Parteien CDU/SPD/FDP und Grüne ausgehandelt.

Danach stellt die Bundesregierung für die

Jahre 2011/2012 und 2013 ca. 1,6 Mrd. Euro für die Kosten der Unterkunft, das Mittagessen von Kindern in der Hortbetreuung und für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Die Kosten der Unterkunft sollen allerdings mittels eines Landesgesetzes an die Kreise weitergereicht werden.

Mit diesem Landesgesetz sollen die Kreise und kreisfreien Städte ermächtigt werden, per Satzung die Höhe der zu zahlenden Unterkunftskosten selbst zu bestimmen.

Sie können und dürfen Höchstgrenzen oder Pauschalen für die Mieten und Heizkosten festlegen.

Pressemitteilungen des Deutschen Mieterbundes wenden sich gegen diese Regelung. Befürchtet doch der Mieterbund eine Katastrophe auf die ALG-II-Bezieher zukommen.

Was aber heißt das für die Kommunen? Der Kreistag hat erst vorige Woche sein Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2012 bis 2014 beschlossen. Es geht dem Spree-Neiße-Kreis finanziell nicht gut. Die Schulden sind viel zu hoch.

Sollte nach der Sommerpause des Landtages dieses Gesetz zur Ermächtigung der Kommunen auf den Weg gebracht werden, besteht die Gefahr, dass ALG-II-Empfänger für die Sanierung der Kreishaushalte herangezogen werden.

Denn Kreise mit großen Schulden wer-

den eher Satzungen mit Pauschalen zu Mieten und Heizkosten beschließen, als Kreise mit besserer finanzieller Ausstattung.

Bei einer solchen Pauschale müsste die Differenz zu den wirklichen Kosten von den ALG-II-Beziehern aus dem Regelsatz bezahlt werden. Bisher wurden die Mieten und Heizkosten in voller Höhe übernommen und im Einzelfall wurde die Angemessenheit geprüft.

Hinzu kommt die Frage, reicht das von der Bundesregierung zur Verfügung gestellte Geld oder zwingt dieser Fakt an sich schon zu einer Pauschalisierung?

Das finanzielle Unheil für die Kommunen kann also noch nicht benannt werden, das der ALG-II-Empfänger ist jetzt schon absehbar.

*Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende*

Jobs für Langzeitarbeitslose? Fehlanzeige!

»Auch wenn die Arbeitslosigkeit rückläufig ist und die Bundesregierung ihre vermeintlichen Erfolge feiert: Der gegenwärtige Aufschwung geht an den Erwerbslosen mit den größten Problemen komplett vorbei. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich noch einmal um ein Prozent erhöht und liegt nun bei 34 Prozent«, kommentiert Sabine Zimmermann den aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE am 30.06.2011 weiter:

»Auch in diesem Aufschwung wird es nicht gelingen, die wahren Probleme des Arbeitsmarktes zu lösen. Dafür hat die Bundesregierung alle Weichen gestellt. Durch die massiven Einsparungen in der Arbeitsmarktpolitik wurden

Fördermaßnahmen für Erwerbslose im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgefahren. Bei den Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung für Hartz-IV-Empfänger ist die Zahl neuer Teilnehmer deshalb um über 37 Prozent zurückgegangen. Dieser Personenkreis benötigt aber dringend Weiterbildung und Qualifizierung, um wieder in den Arbeitsprozess zurückkehren zu können. So aber werden sie Ende des Aufschwungs immer noch mit leeren Händen dastehen.

Die Bundesregierung weigert sich zudem beharrlich, auch nur die schlimmsten Formen des Lohndumpings zu bekämpfen. Sie blockiert die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und die Durchsetzung des Prinzips 'gleicher Lohn für gleiche Ar-

beit' im Bereich der Leiharbeit. Am morgigen Freitag wird die Koalition zwar einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt in den Bundestag einbringen. Der Titel ist jedoch an Zynismus kaum zu überbieten. Das Gesetz sorgt dafür, dass künftig noch weniger Förderung von Erwerbslosen möglich sein wird. Die öffentlich geförderte Beschäftigung wird zu Grabe getragen. Schwer vermittelbare Erwerbslose werden aufgegeben.

Eine Politik, die sich nur auf leicht vermittelbare Erwerbslose konzentriert und den Rest seinem Schicksal überlässt, ist mehr als unsozial. DIE LINKE fordert die Bundesregierung deshalb zu einem grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik auf.«

Nicht nur dumm gelaufen ...!



Als über ein Jahr die direkte Zufahrt zum Stadtzentrum stark eingeschränkt und zum Teil sogar voll gesperrt war, wurde der Antrag der Forster Einzelhändler an die Stadt Forst, für die Dauer der Verkehrseinschränkungen auf die Gebührenerhebung für Warenauslagen vor den Geschäften zu verzichten, strikt abgelehnt. Kurz nach Fertigstellung des neuen Kreisverkehrs aber konnten die Forster Händler mit Erstaunen im »Rathausfenster« vom 03.06.2011 auf Seite 8 lesen, dass die Sondernutzungssatzung der Stadt Forst geändert wurde und es nun den Ladenbetreibern gebührenfrei gestattet ist, auf einer Fläche von »2 m x 0,25 m« dekorative Elemente zur Aufwertung des Ge-

schaftsumfeldes aufzustellen. In einem Ende Juni verteilten Infoblatt heißt es: »eine Fläche vor dem Eingangsbereich (2 m x 0,25 m)« könne genutzt werden. Leider bringt das den Händlern fast gar nichts! Zum einem, weil man sich offensichtlich über die Maße nicht einig ist, und zum anderen, wer will schon seinen Kunden den Weg ins Geschäft mit Dekorationen verbauen. Das alles kommt davon, weil bei uns in Forst Satzungsänderungen nicht, wie zum Beispiel in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg im § 28, Abs. 2, Ziffer 9 festgelegt, durch die Parlamentarier beschlossen werden, sondern wie in diesem Fall im Alleingang durch die Verwaltung erfolgte, ohne dass dazu Beratungen in den Ausschüssen stattfanden.

*Heinz-Peter Bischoff,
stellvertretender Fraktionsvorsitzender*

Das Land nicht kaputt sparen

Interview für kleine Zeitungen der LINKEN mit dem brandenburgischen Finanzminister Dr. Helmuth Markov zum Beschluss des Haushaltsentwurfes 2012 durch das Kabinett am 28.06.2011



Wie sieht die Finanzlage des Landes Brandenburg aus?

HELMUTH MARKOV: Brandenburg erhält in den kommenden Jahren deutlich weniger Geld aus Europa und aus dem

Länderfinanzausgleich. Die Steuereinnahmen des Landes steigen erfreulicherweise an, aber nicht in der gleichen Höhe, um diese Verluste ausgleichen zu können. Deshalb werden wir mit weniger Geld klüger umgehen müssen, denn wir wollen das Land nicht kaputt sparen.

Zugleich hat sich die Landesregierung vorgenommen, aus der Schuldenfalle zu kommen. Wir wollen bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, also keine neuen Kredite mehr aufnehmen. Damit sind große Anstrengungen verbunden.

Gibt es also ein hartes Sparprogramm?

HELMUTH MARKOV: Wir müssen jährlich 200 bis 300 Millionen Euro sparen. Das machen wir aber nicht mit der Rasenmäher-Methode. Wir halten an unseren politischen Prioritäten fest. Es gibt also keine Kürzungen bei sozialen Projekten der rot-roten Koalition. Bei der Kultur und beim Sport wird kein einziger Cent gespart. Und auch Kitas bleiben verschont. Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie die Technologieförderung erhalten ihren prioritären Status.

Und doch wird im Bildungsressort gespart!

HELMUTH MARKOV: Nein und Ja. Der

Etat des Bildungsministeriums ist bereits im Haushalt 2011 um 70 Millionen Euro erhöht worden. Auch im kommenden Jahr bekommt das Bildungsministerium mehr Geld. Das liegt unter anderem daran, dass die Lehrerinnen und Lehrer deutliche Tarifierhöhungen bekommen. Und doch muss das Bildungsministerium auch Einsparungen vornehmen. Wir haben dies erreicht, ohne Kürzungen vorzunehmen. Die erforderliche Einsparsumme von 25 Millionen entammt aus unverbrauchten Rücklagen des Ministeriums. Dass Bildung weiterhin unser Schwerpunkt bleibt, zeigt sich daran, dass die Landesregierung noch in diesem Jahr 100 Lehrer mehr einstellen wird als ursprünglich geplant. Wir erhalten weiterhin die Schüler-Lehrer-Relation von 15,4, das Schüler-BaFöG wird weitergezahlt, die Musikschulen werden besonders gefördert, der Landesjugendplan wird nicht angetastet. Sparen, wie man daran gut erkennen kann, ist nicht identisch mit Kürzen.

Trotzdem formiert sich Protest – vor allem von den freien Schulen.

HELMUTH MARKOV: Ja, und das obwohl die freien Schulen auch mit dem kommenden Haushalt mehr Geld bekommen werden als im Vorjahr, weil die Schülerzahlen dort wachsen. Aber sie werden nicht so viel erhalten, wie sie selbst gefordert haben. Das stimmt. Trotzdem ist genau das so von der Landesregierung gewollt. Wir halten eine Besserstellung von privaten Schulen gegenüber öffentlichen Schulen nicht mehr für gerecht-

Preissteigerung frisst Renten Anpassung

»Was die Bundesregierung als Rentenerhöhung verkauft, ist in Wahrheit nur die Fortsetzung der Verarmungspolitik auf Raten, die wir aus den vergangenen Jahren kennen. Die magere nominelle Rentenerhöhung um 0,99 Prozent wird komplett in den Löchern verschwinden, die Preissteigerungen und steigende Kosten für Gesundheit und Pflege in die Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner reißen. Wenn diese Entwicklung sich fortsetzt, wird die Altersarmut dramatisch zunehmen«, kritisiert Matthias W. Birkwald. Der rentenpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE fordert:

»Keine Rentnerin und kein Rentner soll im Alter in Armut leben müssen. DIE LINKE schlägt deshalb Maßnahmen gegen Altersarmut vor, die zugleich bei der Arbeitsmarktpolitik und bei den Renten ansetzt. Leiharbeit soll verboten und Mini-Jobs sollen drastisch eingeschränkt und ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde muss eingeführt werden. Damit die Rente wieder den Lebensstandard sichert, müssen alle Kürzungsfaktoren in der Rentenformel (Riester-, Nachhaltigkeits- und Nachholfaktor), die Rente erst ab 67 und die ungerechten Abschläge in der Erwerbsminderungsrente abgeschafft werden. Und der Rentenwert Ost muss endlich auf das Westniveau angehoben werden. Für Langzeiterwerbslose müssen Beiträge für einen halben Durchschnittsverdienst gezahlt werden. Künftig sollen alle Menschen, die arbeiten, also auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete, (Solo-)Selbständige, in eine gemeinsame solidarische Erwerbstätigenversicherung (die neue Rentenkasse) einzahlen. Eine solidarische, steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Mindestrente muss schlussendlich vor Armut schützen.« 30.06.2011

fertigt. Trotzdem wird keine einzige freie Schule schließen müssen, denn Brandenburg fördert sie im Ländervergleich immer noch mit einem der höchsten Sätze.

Und wo wird nun konkret gespart?

HELMUTH MARKOV: Wir sparen u.a. im Hoch- und Straßenbau, bei den Investitionen und müssen leider, wenn auch nur minimal die Kofinanzierung der Gemeinschaftsaufgabe »Regionale Wirtschaftsstruktur« zurückfahren.

Newsletter

Endlich mehr Demokratie wagen

Laut einer aktuellen Umfrage der Bertelsmann-Stiftung wünschen sich 78 Prozent der Bevölkerung mehr direkte Demokratie durch Volksbegehren und Bürgerentscheide. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

»DIE LINKE fordert seit langem: Lasst uns endlich mehr Demokratie wagen. Die repräsentative Demokratie braucht dringend eine bürgernahe Ergänzung auch auf Bundesebene. De facto sind im Bundestag nur noch die CDU/CSU dagegen. Sie nutzen noch immer ihre Sperrminorität, um zu verhindern, was eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will.«

13.06.2011

Freiheit kann man nicht herbei bomben

»Die Freiheitsmedaille der USA sollte der Bundeskanzlerin Verpflichtung sein, allen Versuchen zu trotzen, Deutschland weiter und tiefer in die Kriegsmaschinerie ziehen zu lassen«, fordert der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, anlässlich der Verleihung der höchsten zivilen Auszeichnung der USA an Angela Merkel. »Gerade der friedliche Umbruch in der DDR hat eine Erfahrung verdeutlicht: Demokratie und Freiheit kann man nicht herbeibomben. Das zeigt sich seit fast zehn Jahren in Afghanistan, das zeigt sich jetzt erneut in Libyen.« Gysi weiter:

»Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland wollen, dass die Bundeswehr spätestens bis Ende dieses Jahres aus Afghanistan abgezogen wird, mehr als ein Drittel ist für den

sofortigen Abzug. Diese Ablehnung von Kriegseinsätzen im Ausland muss sich endlich auch in der deutschen Außenpolitik widerspiegeln. Der Krieg hat die Lage in Afghanistan um keinen Deut verbessert. Im Gegenteil: Es ist höchste Zeit, diesen Krieg zu beenden, die Bundeswehr unverzüglich aus Afghanistan abzuziehen und dem klaren Mehrheitswillen der Bevölkerung Geltung zu verschaffen.« 08.06.2011

LINKE gegen Diätenerhöhung

»Die vorgeschlagene Diätenerhöhung hält DIE LINKE für nicht verhältnismäßig. Bei Hartz IV verweigern die Regierenden einen menschenwürdigen Regelsatz, Altersrenten sind in diesem Jahr um ein mageres Prozent gestiegen und um Steuersenkungen wird wie auf dem Basar gefeilscht. Die Abgeordneten der Koalition aber wollen sich ein Plus von fast 600 Euro genehmigen. Das ist instinktlos, unsozial und ungerecht«, erklärt Dagmar Enkelmann, 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, zu den bekannt gewordenen Plänen von Union, FDP und SPD zu Diätenerhöhungen. Enkelmann weiter:

»Der Vorschlag, nunmehr eine unabhängige Kommission zur Reform der Altersvorsorge einzusetzen, findet meine Unterstützung, kommt jedoch reichlich spät und erweckt eher den Eindruck, den Bürgern die Diätenerhöhung schmackhaft machen zu wollen.

DIE LINKE wird einen Antrag in den Bundestag einbringen, mit dem eine umfassende Überprüfung des Abgeordnetenrechts gefordert wird. Es geht dabei um die transparente Regelung von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften sowie um eine Reform der Abgeordnetenentschädigung und -versorgung. Dass die Abgeordneten z.B. keinen eigenen Beitrag zu ihrer sozialen Absicherung im Alter leisten, kann nicht länger hingenommen werden.«

27.06.2011

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22

Di., 19.07.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**

Mi., 03.08.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**

Di., 23.08.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**

Mi., 31.08.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
(Achtung: Redaktionsschluss für Beiträge 27.08.2011)

Di., 06.09.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**

Verrechnet

Die Atomkonzerne fühlen sich durch den Atomausstieg enteignet: »Ohne finanziellen Ausgleich wäre das ein einseitiger und ungerechtfertigter Eingriff in das Vermögen unserer Aktionäre«, klagt Eon-Chef Johannes Teyssen. Vielleicht sollte man den Kraftwerksbetreibern als Ausgleich ihren bereits seit Jahrzehnten enteigneten Atommüll zurückgeben?

MK

Hygiene

Bisher sind keine Fälle von Ehec-Infektionen unter den Spitzen von Politik und Wirtschaft bekannt geworden. Kein Wunder, dort wäscht bekanntlich dauernd eine Hand die andere.

OL

Was ist Merkel nach der Energiewende? Grünkohl.

MK

Aus »Eulenspiegel« Nr. 7/11

Geburtstage

16.07.: 85 Jahre Georg Domin
24.07.: 94 Jahre Elfriede Bonkatz
27.07.: 70 Jahre Günter Schmotz
27.07.: 71 Jahre Wolfgang Spaarschuh
27.07.: 84 Jahre Jutta Schmidt
09.08.: 79 Jahre Edith Witzel
10.08.: 73 Jahre Gerhard Böcking
13.08.: 70 Jahre Brigitte Schröder
27.08.: 83 Jahre Rolaf Schahn
29.08.: 82 Jahre Martin Noack
29.08.: 87 Jahre Hildegard Jentsch
02.09.: 60 Jahre Margitta Wiesenberg
09.09.: 92 Jahre Dora Poschau

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.